

CDU sieht sich als Mutter des Protests: Windkraft-Wirbel ohne Annäherung im Landtag

Die Landesregierung will mit mehr Windrädern Thüringen auch wirtschaftlich stärken, die CDU sperrt sich gegen jeglichen Ausbau. Die immer weitere Entfernung der Positionen aber macht auch die beidseits gewünschte Bürgerbeteiligung schwierig.



Windkraftanlagen im Weimarer Land. Foto: Peter Michaelis

Erfurt. Thüringen und der Windstrom, das ist in diesen Tagen ein eher unerfreuliches Thema. Nicht nur, weil der Freistaat mit lediglich 742 Windrädern und rund 1100 Megawatt installierter Leistung nur rund drei Prozent der in Deutschland produzierten Windenergie aufbringt, gleichzeitig aber über die Hälfte seines Stroms teuer importieren muss.

CDU feuert mit Vorwürfen

Sondern auch, weil die rot-rot-grüne Landesregierung zuschauen muss, wie der Widerstand gegen neue Windräder die Opposition auflädt. Vor allem die CDU geriert sich quasi als Mutter des Protests, warnt vor „Wildwuchs“ und „Verspargelung“. Am Mittwochabend hatte sie zu einem Windkraft-Forum in den Landtag geladen, dessen Teil-Titel von vornherein klarmachte, wohin für die Christdemokraten beim Luft-Strom die Reise zu gehen hat: „Bürgerwillen respektieren“. Übersetzt: Keine neuen Windräder, wenn sich irgendwo Unmut regt. Kein Ausbau der Erzeugungsareale auf ein Prozent der Landesfläche, wie das Rot-Rot-Grün will. Und erst recht keine Strommühlen im Wald. Umweltministerin Anja Siegesmund registriert durchaus den Stimmungswandel im Land und ist merklich erzürnt ob der „merkwürdigen Dialektik“ der Thüringer Union, einerseits in Treue fest zur Kanzlerin samt ihrer Energiewende zu stehen, andererseits aber alle dafür nötigen Einzelschritte nach dem Motto „Jetzt sind mal andere dran“ zu torpedieren. In Hessen hätten die Schwarzen ja auch kein Problem, die Windstrom-Areale sogar auf zwei Prozent der Landesfläche auszudehnen. Wie auch in Bayern, das seit Jahren Windräder auch im Wald erlaubt. Und so feuerte CDU-Energiepolitiker Stefan Gruner auch am Mittwoch in der Aktuellen Stunde des Landtags die mittlerweile bekannten Pfeile: Die Koalition nehme unklare gesundheitliche Risiken wie Infraschall in Kauf, desgleichen Naturzerstörung und zusätzliche Netzkosten. „Die Windrad-Lobby kassiert und der Bürger zahlt – das ist Ihre Politik“, fasste Gruner zusammen. Siegesmunds Reaktion: Die Landesregierung werde den Windstrom-Ausbau fortsetzen, „ob es Ihnen passt oder nicht.“ Jede Verzögerung gefährdet aus Sicht der grünen Ministerin das ehrgeizige Ziel der Landesregierung, Thüringen bis 2040 bilanziell vollständig aus erneuerbaren Quellen mit Energie zu versorgen. „Wir haben eigentlich keine Zeit mehr“, resümierte Siegesmund dieser Tage. Doch in Berlin hakt es weiterhin. Längst sollten die grundsätzlichen Linien zum künftigen Strommarkt-Design und damit zur Erzeugungsstruktur wie auch dem Netzausbau vorliegen, doch namentlich die Einwände aus Bayern verzögern den Weißbuch-Entwurf. Sie hoffe nun auf Vorlage Ende Juli, sagt Siegesmund. Dann könnten

die Fachminister aus Bund und Ländern zur Umsetzung im Herbst konferieren. Bis dahin allerdings will die Ministerin das Wind-Feld keinesfalls der Opposition überlassen. Zumal Siegesmund sich ärgert, dass die CDU aus ihrer Sicht auf eigenen Versäumnissen durchs Feuer reitet. Gemeint sind die vom Obergerverwaltungsgericht aufgehobenen Windkraft-Vorranggebiete in Ost- und Mittelthüringen, deren ungenügende Begründung die Vorgängerregierungen billigend in Kauf genommen, wenn nicht sogar mit verursacht hätten. Da sei über sieben Jahre alles liegengelassen worden, so Siegesmund. Doch die nun von der Opposition postulierte Sorge, es würden im rechtsfreien Raum die Windräder unregelt aus dem Boden schießen, gehe fehl. Zum einen gelten die anderen Teile der Regionalpläne, die etwa den Vorrang von anderen Nutzungen beschreiben, trotz der Gerichtsurteile weiter. Zum anderen bräuchten die Vorhaben eine Genehmigung nach Baurecht, Immissionsschutz und Naturschutzrecht. Unter zwei bis drei Jahren sei eine Freigabe nicht zu erlangen, assistiert Siegesmunds Energie-Abteilungsleiter Martin Gude. Bis dahin aber würden die neuen Regionalpläne stehen. Und hoffentlich gerichtsfest. Das von der CDU geforderte Moratorium für die Genehmigung neuer Windkraftanlagen sei damit überflüssig.

Vorlage eines Windkraft-Erlasses bis Sommer

Gleichwohl bleibt das Ziel, die luftige Energie auszubauen. Bis zum Sommer soll deshalb Siegesmunds Infrastruktur-Kollegin Birgit Keller (Linke) einen Windkraft-Erlass vorlegen, der sämtliche Rechtsvorschriften und Musterurteile so bündelt, dass in den Regionalen Planungsgemeinschaften und Kommunen zügiger als bisher und vor allem rechtssicher gearbeitet werden kann. Derweil reisen Dieter Sell und seine Leute quasi als Brandungsbrecher durchs Land. Zwei bis drei Mal pro Woche steht der Chef der „Servicestelle Windenergie“ in Gemeindegäulen oder Dorfkneipen, um zu erläutern, wie aus der vermeintlichen Bedrohung ein Zugewinn für Bürger und Kommune entstehen könnte. Über Bürger-Windparks oder kommunale Energiegenossenschaften könnte die Wertschöpfung per Windmühle in der Region bleiben; entsprechende willige und fähige Planer sollen per Siegel „Faire Windenergie in Thüringen“ privilegiert werden. Und weil Sell nicht immer wieder alles neu erklären mag, gibt es neuerdings einen Film zum Auftakt. Darin fährt Sell, selbstredend im Elektromobil, durch ein strahlend grünes Thüringen mit Windrädern, Bürger dürfen Sorge äußern, Experten beruhigen sogleich: Alles geregelt, alles gut. Am Ende orakelt ein Professor aus München, irgendwann werde es Bürgerinitiativen gegen den Abbau von Windrädern geben, weil sie inzwischen zur Landschaft gehörten.

Es wirkt wie die Beschreibung eines ziemlich fernen Landes.

[Kommentar: Physik und Politik](#)

Jens Voigt / 18.06.15 / OTZ